

1 **Gregor Golland** (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr
2 verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die
3 anstehende Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen ist die letzte Wahl des
4 Jahres 2020 in der Bundesrepublik Deutschland.

5 Gewählt werden Oberbürgermeister und Bürgermeister, Landräte,
6 Kreistage, Stadträte und Bezirksvertretungen. Erstmals wird das
7 Ruhrparlament direkt gewählt. Das Gremium vertritt die Interessen des
8 Ruhrgebiets und ist ein Zusammenschluss aus vier Kreisen und elf
9 kreisfreien Städten.

10 Jetzt kommt die Coronapandemie ins Spiel. Wie auf fast alle
11 Lebensbereiche hat sie auch Auswirkungen auf die im Herbst
12 stattfindende Kommunalwahl. Das beginnt zum Beispiel bei den
13 Vorbereitungen. Aufstellungsversammlungen mussten vielerorts
14 verschoben werden und müssen nunmehr zeitnah unter verschärften
15 Auflagen stattfinden. Betroffen sind davon Parteien, Wählergruppen, aber
16 eben auch Einzelbewerber, die auf die Sammlung von
17 Unterstützungsunterschriften angewiesen sind, um ihre Wahlvorschläge
18 einreichen zu können.

19 Ebenso ist die Durchführung der Wahl selbst betroffen. Die Pandemie hat
20 Auswirkungen auf die Gewinnung von Wahlhelfern, führt zu
21 Mehrbelastungen bei Wahlvorständen, bedarf der Einhaltung von
22 Hygienevorschriften und betrifft die Suche nach geeigneten Wahllokalen.

23 Wie wollen wir das nun lösen? – Dafür haben wir als Legislative die
24 Möglichkeit, an einigen Stellen die Weichen für die Kommunalwahl
25 anzupassen und gewisse Erleichterungen zu beschließen.

26 Es besteht Einigkeit darüber, dass der grundsätzliche Termin nicht

27 geändert werden soll und auch nicht geändert werden darf, denn der
28 Landesgesetzgeber hat im Jahre 2013 eindeutig festgelegt, dass die
29 auslaufende Wahlperiode im Jahre 2014 beginnen soll und die Amtszeit
30 der gewählten Vertreter am 31. Oktober 2020 enden wird.

31 Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1964 in einer Entscheidung
32 festgestellt, dass es – ich zitiere – zu den grundlegenden Prinzipien des
33 freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates gehöre, dass die
34 Volksvertretungen in regelmäßigen, im Voraus bestimmten Abständen
35 durch Wahlen abgelöst und neu legitimiert werden. – Zitatende.

36 Darüber hinaus hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof 1958
37 entschieden, dass – ich zitiere wieder – die Entscheidungen des Volkes,
38 bestimmte Personen für einen bestimmten Zeitraum zu wählen, nicht
39 nachträglich auf dem Gesetzgebungswege korrigiert werden dürfe. –
40 Zitatende.

41 Was wollen wir nun konkret für eine in der Krise angepasste
42 Wahldurchführung tun? – Wichtig ist unter anderem die Verschiebung der
43 Frist zur Einreichung von Wahlvorschlägen, die bisher bis zum 59. Tag
44 vor der Wahl zulässig sind. Mit unserem Gesetzentwurf verlängert sich
45 diese Frist um elf Tage bis zum 48. Tag vor der Wahl.

46 Weiterhin schlagen wir die Absenkung der Anzahl von beizubringenden
47 Unterstützungsunterschriften auf jeweils 60 % der ansonsten
48 vorgesehenen Zahl vor.

49 Zudem verdoppeln wir die Obergrenze für die Einteilung von
50 Stimmbezirken von 2.500 auf 5.000 Einwohner. Das hat einen positiven
51 Effekt für die Kommunen, weil so die Anzahl der Wahlbüros und die
52 Anzahl der zu bildenden Wahlvorschläge reduziert werden können.

53 Die übrigen Wahlhelfer können dann vermehrt für die Briefwahlvorstände
54 eingesetzt werden. Im Gegenzug wird durch eine Vergrößerung der
55 Wahlvorstände von sechs auf acht Beisitzer eine erhöhte Flexibilität
56 erreicht.

57 Unser Gesetzentwurf ermöglicht damit eine faire, praktikable und
58 rechtskonforme Durchführung der Kommunalwahl 2020 für Wähler, zu
59 Wählende und Wahlhelfer.

60 Warum sich die Grünen dem gemeinsamen Gesetzentwurf der NRW-
61 Koalition und der SPD-Fraktion nicht anschließen wollen, bleibt vor
62 diesem Hintergrund befremdlich und ist nicht nachvollziehbar.

63 Wir wollen am 13. September 2020 rechtssichere Kommunalwahlen in
64 unserem Bundesland durchführen. Demokratie muss auch und gerade in
65 Krisenzeiten funktionieren. Dem wird unser eingebrachter Gesetzentwurf
66 gerecht. Daher werbe ich um die Zustimmung aller verantwortungsvollen
67 Demokraten in diesem Hohen Haus. – Vielen Dank für Ihre
68 Aufmerksamkeit.

69 (Beifall von der CDU und der FDP)

70 **Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-
71 Fraktion spricht nun Herr Abgeordneter Kämmerling.